

Information der Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses über die Beratungsergebnisse aus den Fachausschüssen

Die folgenden für die Beratungen des Haupt- und Finanzausschusses in der Sitzung am 07.02.2012 relevanten Beratungsergebnisse aus den Fachausschüssen werden den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben:

Zu A 5 Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit den Trägern der Erziehungsberatung

Vorlage: 0021/2012 (Vorlage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.01.2012)

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 25.01.2012 dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit den Trägern der Erziehungsberatung

- Katholische Erziehungsberatung e.V. – Erziehungsberatungsstelle –, Bergisch Gladbach
- Evangelische Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Erwachsene des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region – Erziehungsberatungsstelle Bergisch Gladbach-Bensberg

entsprechend den Anlagen zur Vorlage abzuschließen unter der Voraussetzung, dass der Kreistag und die Räte der beteiligten öffentlichen Träger der örtlichen Jugendhilfe ebenfalls der Unterzeichnung zustimmen.

Zu A 6 Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege

Vorlage: 0557/2011 (Vorlage aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, Soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 17.11.2011)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 17.11.2011 einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./BfBB folgenden Beschluss gefasst:

Aus Gendergesichtspunkten wird dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt.

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 22.11.2011 mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB die Beratung der Vorlage in die Sitzung am 25.01.2012 vertagt.

In der Sitzung am 25.01.2012 hat der Jugendhilfeausschuss dem Rat auf Antrag der CDU-Fraktion dann einstimmig bei einer Enthaltung von DIE LINKE./BfBB folgende ergänzte Beschlussempfehlung gegeben, nachdem zuvor ein Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB mehrheitlich abgelehnt worden war:

1. Die Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege werden in ihrer geänderten Fassung beschlossen.
2. Die Richtlinien treten in ihrer geänderten Fassung zum 01.03.2012 in Kraft. Die Erhöhung des Kindertagespflegeentgeltes nach Ziffer 12 Absatz 2 und Absatz 3

- wird rückwirkend zum 01.01.2012 angewendet.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten und Grenzen von Großtagespflegestellen für die Tagesbetreuung in Bergisch Gladbach unter Beteiligung der freien Träger auszuloten und darzustellen, welche Ressourcen einschließlich der fachlichen Begleitung und Unterstützung erforderlich wären, um gelingende Großtagespflegestellen einzurichten.
 4. Die Verwaltung wird beauftragt, eine engere Kooperation mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis bei der Aus- und Fortbildung von Kindertagesmüttern und -vätern anzustreben und entsprechende Gespräche mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis zu führen.
 5. Bei der Gewinnung neuer Tagespflegepersonen ist neben der Gewinnung von Tagespflegemüttern insbesondere die Gewinnung von Tagespflegevätern anzustreben.

Zu A 7 Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung der V. Änderungsverordnung

Vorlage: 0028/2012 (Vorlage aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 02.02.2012)

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr hat in der Sitzung am 02.02.2012 dem Rat mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach wird in der vorliegenden Fassung mit folgenden Änderungen beschlossen:

In § 6 Absatz 1 Nr. 1 wird hinter dem Begriff „Lebensmittelresten“ der Begriff „Kaugummis“ eingefügt.

„§ 6 Absatz 1 Nr. 5“ wird in „§ 6 Absatz 2“ umbenannt; die folgende Absätze (bisherige Absätze 2 und 3 im Verordnungsentwurf) erhöhen sich numerisch um jeweils eine Ziffer (und werden damit zu den Absätzen 3 und 4).

In § 8 Absatz 2 wird die Formulierung „sowie Ballspiele jeglicher Art“ gestrichen.

§ 9 Absatz 1 Nr. 1 wird um die Formulierung „Laubsaugern und Laubbläsern“ ergänzt.

Der geänderte Verordnungstext lautet damit wie folgt:

**Ordnungsbehördliche Verordnung
über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach**

Aufgrund der §§ 27 Abs. 1, Abs. 4 Satz 1; 31 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.5.1980 (GV NW S. 528 / SGV NW 2060), zuletzt geändert durch Art. 9 Zweites BefristungsÄndG IM v. 8.12.2009 (GV. NRW. S. 765, ber. S. 793), und der §§ 7 Abs. 1; 10 Abs. 4 des Gesetzes zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und ähnlichen Umwelteinwirkungen - Landes-Immissionsschutzgesetz (LImSchG NRW) - in der Fassung vom 18.3.1975 (GV NW S. 232 / SGV NW 7129), zuletzt geändert durch

Gesetz vom 05.07.2011 (GV. NRW. S. 232) wird von der Stadt Bergisch Gladbach als örtliche Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates der Stadt Bergisch Gladbach vom ... für das Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach folgende Verordnung erlassen:

§ 1

Begriffsbestimmungen

- (1) Verkehrsflächen im Sinne dieser Verordnung sind alle dem öffentlichen Verkehr dienenden Flächen ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse. Zu den Verkehrsflächen gehören insbesondere Straßen, Fahrbahnen, Wege, Gehwege, Radwege, Bürgersteige, Plätze, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen, Böschungen, Rinnen und Gräben, Brücken, Unterführungen, Treppen und Rampen vor der Straßenfront der Häuser, soweit sie nicht eingefriedet sind.
- (2) Anlagen im Sinne dieser Verordnung sind ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse insbesondere alle der Allgemeinheit zur Nutzung zur Verfügung stehenden oder bestimmungsgemäß zugänglichen
 1. Grün-, Erholungs-, Spiel- und Sportflächen, Gärten, Friedhöfe sowie die Ufer und Böschungen von Gewässern;
 2. Ruhebänke, Toiletten-, Kinderspiel- und Sporteinrichtungen, Telekommunikationseinrichtungen, Wetterschutz- und ähnliche Einrichtungen;
 3. Denkmäler und unter Denkmalschutz stehende Baulichkeiten, Kunstgegenstände, Standbilder, Plastiken, Anschlagtafeln, Beleuchtungs-, Versorgungs-, Kanalisations-, Entwässerungs-, Katastrophenschutz- und Baustelleneinrichtungen sowie Verkehrsschilder, Hinweiszeichen und Lichtzeichenanlagen.

§ 2

Allgemeine Verhaltenspflicht

- (1) Auf Verkehrsflächen und in Anlagen haben sich alle so zu verhalten, dass andere nicht gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt werden,

zum Beispiel durch:

 - aggressives Betteln (z.B. unmittelbares Einwirken auf Passanten durch In-den-Weg-stellen, Einsatz von Hunden oder anderen Tieren als Druckmittel, Verfolgen oder Anfassen)
 - Störungen, auch in Verbindung mit Alkoholkonsum oder sonstigen Rauschmitteln (z.B. Verunreinigungen, Grölen, Belästigungen von Passanten oder Anliegern, Gefährdung durch herumliegen lassen oder zerschlagen von Flaschen, Spritzen oder sonstigen gefährlichen Gegenständen)
 - wiederkehrendes Sammeln oder Lagern von Personengruppen, von denen Störungen ausgehen, wie z.B. Verunreinigungen, Behinderungen oder Belästigungen (Anpöbeln) von Passanten oder Anliegern.
 - Lärmen, das geeignet ist, die Allgemeinheit, die Nachbarschaft oder Einzelne zu belästigen, z.B. durch Rufen, Schreien, sonstiges Erzeugen überlauter Geräusche (§ 3 des Gesetzes zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und ähnlichen Umwelteinwirkungen –Landes-Immissionsschutzgesetz /

- LImschG – bleibt hiervon unberührt
- die Verrichtung der Notdurft (z.B. das so genannte „Wildpinkeln“)
- Benutzung als Lager

Die Benutzung der Verkehrsflächen und Anlagen darf nicht vereitelt oder beschränkt werden.

Verhaltenspflichtige sind alle, die für das eigene Verhalten, für das Verhalten anderer (Personen / Tiere) oder für den Zustand von Sachen verantwortlich sind.

- (2) Absatz 1 findet nur insoweit Anwendung, als die darin enthaltenen Verhaltenspflichten und Benutzungsgebote nicht der Regelung des Verkehrs im Sinne der Straßenverkehrsordnung auf Verkehrsflächen und in Anlagen dienen. Insoweit ist § 1 Abs. 2 StVO einschlägig.

§ 3

Schutz der Verkehrsflächen und Anlagen

- (1) Die Anlagen und Verkehrsflächen sind schonend zu behandeln. Sie dürfen nur ihrer Zweckbestimmung entsprechend genutzt werden.
- (2) Es ist insbesondere untersagt
 1. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen unbefugt Sträucher und Pflanzen aus dem Boden zu entfernen, zu beschädigen oder Teile davon abzuschneiden, abzubrechen, umzuknicken oder sonst wie zu verändern;
 2. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen unbefugt Bänke, Tische, Einfriedungen, Spielgeräte, Verkehrszeichen, Straßen- und Hinweisschilder und andere Einrichtungen zu entfernen, zu versetzen, zu beschädigen oder anders als bestimmungsgemäß zu nutzen;
 3. in den Anlagen zu übernachten;
 4. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen, insbesondere auf Grünflächen, Gegenstände abzustellen oder Materialien zu lagern;
 5. die Anlagen zu befahren; dies gilt nicht für Unterhalts- und Notstandsarbeiten sowie für das Befahren mit Kinderfahrzeugen und Fortbewegungsmitteln wie Krankenfahrstühle, sofern Personen nicht behindert werden;
 6. Sperrvorrichtungen und Beleuchtungen zur Sicherung von Verkehrsflächen und Anlagen unbefugt zu beseitigen, zu beschädigen oder zu verändern sowie Sperrvorrichtungen zu überwinden;
 7. Hydranten, Straßenrinnen und Einflussöffnungen oder Straßenkanäle zu verdecken oder ihre Gebrauchsfähigkeit sonst wie zu beeinträchtigen;
 8. in den Anlagen Fahrzeuge, insb. Wohnmobile, Wohnwagen, Verkaufswagen sowie Zelte auf- und abzustellen.
- (3) Ausnahmen von Absatz 2, Ziffern 3, 4, 5, 8 können in Einzelfällen gestattet werden.

§ 4

Werbung, Wildes Plakatieren

- (1) Es ist verboten, auf Verkehrsflächen und in Anlagen - insbesondere an Bäumen, Haltestellen und Wartehäuschen, Strom- und Ampelschaltkästen, Lichtmasten, Signalanlagen, Verkehrszeichen und sonstigen Verkehrseinrichtungen, an Abfallbehältern und

Sammelcontainern und an sonstigen für diese Zwecke nicht bestimmten Gegenständen und Einrichtungen - sowie an den im Angrenzungsbereich zu den Verkehrsflächen und Anlagen gelegenen Einfriedungen, Hauswänden und sonstigen Einrichtungen und Gegenständen Flugblätter, Druckschriften, Handzettel, Geschäftsempfehlungen, Veranstaltungshinweise und sonstiges Werbematerial anzubringen, zu verteilen oder zugelassene Werbeflächen durch Überkleben, Übermalen oder in sonstiger Art und Weise zu überdecken.

- (2) Ebenso ist es untersagt, die in Abs. 1 genannten Flächen, Einrichtungen und Anlagen zu bemalen, zu besprühen, zu beschriften, zu beschmutzen oder in sonstiger Weise zu verunstalten.
- (3) Das Verbot gilt nicht für von der Stadt genehmigte Nutzungen oder konzessionierte Werbeträger sowie für bauaufsichtsrechtlich genehmigte Werbeanlagen. Solche Werbeanlagen dürfen jedoch in der äußeren Gestaltung nicht derart vernachlässigt werden, dass sie verunstaltet wirken.

§ 5 Tiere

- (1) Hunde, die ausgewachsen eine Widerristhöhe von mindestens 40 cm oder aber ein Gewicht von 20 Kg erreichen, sind in der Anlage Saaler Mühle rund um den See, wie im anliegenden Planauszug gekennzeichnet, anzuleinen. Der Planauszug ist Bestandteil dieser Verordnung.
Die Bestimmungen des Hundegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen bleiben hiervon unberührt.
- (2) Wer auf Verkehrsflächen oder in Anlagen Tiere, insbesondere Pferde und Hunde, mit sich führt, hat die durch die Tiere verursachten Verunreinigungen unverzüglich und schadlos zu beseitigen.
- (3) Wildlebende Stadttauben, Wasservögel (z.B. Enten, Schwäne und Gänse) und Fische dürfen nicht gefüttert werden.
- (4) Die Regelungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht für Diensthunde der Behörden, Hunde des Rettungsdienstes oder des Katastrophenschutzes, Behindertenbegleit- und Blindenführhunde sowie für die berittene Polizei.

§ 6 Verunreinigungsverbot

- (1) Jede Verunreinigung der Verkehrsflächen und Anlagen ist untersagt. Unzulässig ist insbesondere
 1. das Wegwerfen und Zurücklassen von Unrat, Lebensmittelresten, *Kaugummis*, Zigarettenskippen, Papier, Glas, Konservendosen oder sonstigen Verpackungsmaterialien sowie von scharfkantigen, spitzen, gleitfähigen oder anderweitig gefährlichen Gegenständen;
 2. das Ausschütten jeglicher Schmutz- und Abwässer;

3. das Reinigen von Fahrzeugen, Gefäßen u.a. Gegenständen, es sei denn, es erfolgt mit klarem Wasser. Zusätze von Reinigungsmitteln sind nicht erlaubt. Motor- und Unterbodenwäsche oder sonstige Reinigungen, bei denen Öl, Altöl, Benzin o.ä. Stoffe in das öffentliche Kanalnetz oder in das Grundwasser gelangen können, sind verboten;
 4. das Ablassen und Ausschütten von Säure, Öl, Altöl, Benzin, Benzol oder sonstigen flüssigen, schlammigen und/oder feuergefährlichen Stoffen oder giftigen Flüssigkeiten. Falls derartige Stoffe durch Unfall oder aus einem anderen Grunde auslaufen, hat der Verursacher alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um ein Eindringen dieser Stoffe in das Grundwasser oder in die Kanalisation zu verhindern. Der örtlichen Ordnungsbehörde - außerhalb der Dienststunden der Polizei - ist zudem sofort Mitteilung zu machen;
- (2) Reparaturen an Fahrzeugen sind neben den Regelungen der §§ 32 Straßenverkehrsordnung (StVO),; 14, 18 Straßen- und Wegegesetzes (StrWG) nicht nur auf Verkehrsflächen sondern auch in Anlagen verboten, es sei denn es handelt sich um unumgänglicher Fälle.
- (3) Hat jemand öffentliche Verkehrsflächen oder öffentliche Anlagen - auch in Ausübung eines Rechts oder einer Befugnis - verunreinigt oder verunreinigen lassen, so muss er unverzüglich für die Beseitigung dieses Zustandes sorgen.
- (4) Im Übrigen bleiben die einschlägigen Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung, des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, des Landesabfallgesetzes und des Wasserhaushaltsgesetzes unberührt.

§ 7

Imbissstuben, Schnellrestaurants

- (1) Ist die Ausübung eines Gewerbes mit der Gefahr einer Verunreinigung von Straßen und Anlagen durch Papier und Abfälle verbunden (z.B. bei Imbissstuben, Imbissständen, Kiosken, Trinkhallen, Schnellrestaurants) haben die Gewerbetreibenden Abfallbehälter in ausreichender Größe sichtbar aufzustellen oder anzubringen.
- (2) Die Behälter sind je nach Bedarf, mindestens jedoch täglich, zu entleeren.
- (3) Insbesondere haben diejenigen, die Waren zum sofortigen Verzehr anbieten, in einem Umkreis von 50 m die Rückstände einzusammeln.

§ 8

Kinderspielplätze

- (1) Kinderspielplätze dienen nur der Benutzung durch Kinder bis 14 Jahre, soweit nicht durch Schilder eine andere Altersgrenze festgelegt ist.
- (2) Andere Aktivitäten, insbesondere Skateboardfahren und Fahren mit Inlineskatern, sind auf den Kinderspielplätzen verboten, es sei denn, dass hierfür besondere Flächen ausgewiesen sind.
- (3) Die Benutzung von Kinderspielplätzen ist nur tagsüber bis zum Einbruch der Dun-

kelheit erlaubt.

- (4) Auf Kinderspielplätzen dürfen Tiere nicht mitgeführt werden.
- (5) Das Rauchen auf Kinderspielplätzen ist verboten.
- (6) Der Konsum alkoholischer Getränke auf Kinderspielplätzen ist verboten.

§ 9

Wahrung der Mittagsruhe

- (1) In Wohn- und Kleinsiedlungsgebieten ist in der Zeit von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr (allgemeine Ruhezeit) jede Tätigkeit untersagt, die mit besonderer Lärmentwicklung verbunden ist und die allgemeine Ruhezeit stören könnte.

Als solche Tätigkeiten gelten insbesondere;

1. der Gebrauch von Rasenmähern, Motorsägen, *Laubsaugern und Laubbläsern*
2. das Ausklopfen von Teppichen, Matratzen, Läufern und ähnlichen Gegenständen,
3. das Holzhacken, Hämmern, Sägen, Bohren, Schleifen, Fräsen, Schreddern.

Die Vorschriften der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung bleiben hiervon unberührt.

- (2) Abs. 1 findet keine Anwendung auf landwirtschaftliche und gewerbliche Tätigkeiten sowie auf solche, die von einer Bauherrin oder einem Bauherrn als Eigenleistung am eigenen, genehmigten Bauvorhaben erbracht werden.

§ 10

Brauchtumsfeuer

- (1) Brauchtumsfeuer sind vor ihrer Durchführung bei der örtlichen Ordnungsbehörde anzuzeigen. Brauchtumsfeuer sind Feuer, deren Zweck nicht darauf gerichtet ist, pflanzliche Abfälle durch schlichtes Verbrennen zu beseitigen. Brauchtumsfeuer dienen der Brauchtumspflege und sind dadurch gekennzeichnet, dass eine in der Ortsgemeinschaft verankerte Glaubensgemeinschaft, Organisation oder ein Verein das Feuer unter dem Gesichtspunkt der Brauchtumspflege ausrichtet und es im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung für jedermann zugänglich ist. Hierzu gehören z.B. Osterfeuer oder Martinsfeuer.

- (2) Die Anzeige des Brauchtumsfeuers muss folgende Angaben enthalten:

1. Name und Anschrift der verantwortliche(n) Person(en), die das Brauchtumsfeuer durchführen möchte(n),
2. Beschreibung des Ortes, wo das Brauchtumsfeuer stattfinden soll,
3. Entfernung des Brauchtumsfeuers zu baulichen Anlagen und zu öffentlichen Verkehrsanlagen,
4. Höhe des zu verbrennenden, aufgeschichteten Pflanzenmaterials und

5. getroffene Vorkehrungen zur Gefahrenabwehr (z.B. Feuerlöscher, Mobiltelefon für Notruf).

§ 11 Straßenmusikanten

Straßenmusikanten müssen den Standort ihrer Darbietungen auf Straßen und Plätzen nach 30 Minuten so verändern, dass ihre Darbietungen am ursprünglichen Standort nicht mehr hörbar sind, mindestens aber 200 Meter weitergehen.

§ 12 Erlaubnisse, Ausnahmen

Der Bürgermeister kann auf Antrag Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung zulassen, wenn die Interessen des/der Antragstellers/in die durch die Verordnung geschützten öffentlichen und privaten Interessen im Einzelfall nicht nur geringfügig überwiegen.

§ 13 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. die allgemeine Verhaltenspflicht gem. § 2 der Verordnung;
2. die Schutzpflichten hinsichtlich der Verkehrsflächen und Anlagen gem. § 3 der Verordnung;
3. das Verbot des unbefugten Werbens und Plakatierens gem. § 4 der Verordnung;
4. die Bestimmungen hinsichtlich der Haltung und Fütterung von Tieren gem. § 5 der Verordnung;
5. das Verunreinigungsverbot gem. § 6 der Verordnung;
6. die Bestimmungen hinsichtlich der Abfallentsorgung und Reinigung gem. § 7 der Verordnung;
7. das Verbot der unbefugten Benutzung von Kinderspielplätzen gem. § 8 Abs. 1, 2 und 3 der Verordnung;
8. das Verbot gem. § 8 (4) Tiere auf Spielplätzen mitzuführen;
9. das Rauchverbot auf Kinderspielplätzen gem. § 8 (5) der Verordnung;
10. das Verbot des Alkoholkonsums auf Kinderspielplätzen gem. § 8 (6) der Verordnung;
11. die Wahrung der Mittagsruhe gem. § 9 der Verordnung verletzt;
12. entgegen dem Gebot in § 11 als Straßenmusikant den Standort der Darbietung nicht rechtzeitig verändert.

(2) Ordnungswidrig gem. § 17 LImSchG NRW handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. die Anzeigepflicht gem. § 10 der Verordnung verletzt.

(3) Verstöße gegen die Vorschriften dieser Verordnung können mit einer Geldbuße nach den Bestimmungen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 24. Mai 1968 i.d.F. vom 19.2.1987 (BGBl. I S.602) geahndet werden, soweit sie nicht nach Bundes- oder Landesrecht mit Strafen oder Geldbußen bedroht sind.

§ 14
Inkrafttreten, Aufheben von Vorschriften

- (1) Diese Verordnung tritt eine Woche nach dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung der vierten Änderungsverordnung vom 26.04.2003 außer Kraft.